

***Petersberger Perspektiven***  
*Symposium am 20.09.2001*

## **Mitbestimmung in Deutschland – Modell für Europa?**

**Eröffnung durch Landrat Frithjof Kühn**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Zum dritten Mal nach 1999 und 2000 haben wir – die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, das Gästehaus Petersberg und der Rhein-Sieg-Kreis – zu den *Petersberger Perspektiven* eingeladen.

Ich freue mich, dass Sie dieser Einladung gefolgt und wieder auf den Petersberg gekommen sind und heiße Sie herzlich willkommen!

Im September 1999 stand aus Anlass des 50. Jahrestags der Übergabe des Besatzungsstatuts durch die Alliierten Hohen Kommissare an Bundeskanzler Adenauer der Weg der Bundesrepublik Deutschland aus der Besatzungszeit in die Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien im Blickpunkt der *Petersberger Perspektiven*. Im vergangenen Jahr haben wir uns mit dem europäischen Integrationsprozess (anknüpfend an die Verkündung des Schuman-Planes im Jahre 1950) und der deutschen Wiedervereinigung 1990 befasst.

Und auch heute wenden wir uns mit der Frage „*Mitbestimmung in Deutschland – Modell für Europa?*“ einem historisch-politischen Thema mit Gegenwartsbezug und Zukunftsperspektiven zu. Am 25. Januar 1951 erzielte eine Konferenz von Arbeitnehmern und Arbeitgebern unter Vorsitz von Bundeskanzler Konrad Adenauer Einigung über die Mitbestimmung im Montanbereich. Vier Monate später, am 21. Mai 1951, verabschiedete der Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit das so genannte *Montanmitbestimmungsgesetz*. 1952 folgte das *Betriebsverfassungsgesetz*. Und heute, 50 Jahre danach, nach vielen Änderungen, Ergänzungen, Erweiterungen ist die Diskussion um Formen und Möglichkeiten der Mitbestimmung keineswegs abgeschlossen. Wir haben in diesem Jahr die Novellierung des *Betriebsverfassungsgesetzes* erlebt und beschäftigen uns weiter mit der Frage, nach welchen Grundsätzen die Wirtschaftsordnung über die nationale Geltung hinaus auch im europäischen und globalen Maßstab zu gestalten ist und welchen Regeln der Interessenausgleich in Wirtschaft und Gesellschaft folgen soll.

Ich freue mich sehr, dass kompetente Wissenschaftler, Politiker, Praktiker und Zeitzeugen mit uns heute dieses Thema beleuchten.

Herr Professor Dr. Günther Schulz ist Inhaber des Lehrstuhls für Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bonn und Vorsitzender des Beirats der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus. Sein einführender Vortrag steht unter der Überschrift „*Konrad Adenauer, die Mitbestimmung und Europa*“. Er wird den historischen Hintergrund beleuchten, die Entwicklung nachzeichnen und zu den europäischen Perspektiven überleiten. Herzlichen Dank und herzlich willkommen, Herr Professor Schulz.

Ab 17.00 Uhr, nach einer kurzen Pause, beginnt das Podiumsgespräch.

Ich begrüße zunächst den Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Harald Schartau. Herr Minister Schartau war vor der Übernahme des Ministeramtes im Juni 2000 lange Jahre in unterschiedlichen Funktionen in der IG Metall tätig, zuletzt als Leiter des Bezirks Nordrhein-Westfalen. Als verantwortlicher Minister der Landesregierung und als Gewerkschafter ist er ein hervorragender Kenner der Materie.

Dies gilt auch für Herrn Staatssekretär a.D. Friedhelm Ost, den ich als nächsten Experten willkommen heiße. Friedhelm Ost ist vielen noch als Wirtschaftsredakteur, Moderator und Kommentator beim ZDF, vor allem durch die Sendung WiSo, bekannt. Als Staatssekretär war er von 1985 bis 1989 Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. In seiner früheren Funktion als Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Bergbau hatte er mit dem Montan-Bereich unmittelbar zu tun; von 1990 bis 1998 war er Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages.

Ich begrüße weiter als Vertreter der Wirtschaft unserer Region den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg, Dr. Klaus Stammen. Auch als früherer langjähriger Vorstandsvorsitzender des Siegwerkes in Siegburg, das hochwertige Druckfarben für den Fotosatz in die ganze Welt liefert, ist Herr Dr. Stammen ein Mann der Praxis.

Als Gewerkschafter, der über viele Jahre die Diskussion um Mitbestimmung und Betriebsverfassung an vorderer Stelle mitgeprägt hat, heiße ich Herrn Ernst Breit willkommen. Ernst Breit ist seit 1946 gewerkschaftlich aktiv, er war lange Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft und von 1982 bis 1990 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Ein weiterer Zeitzeuge ist Dr. Fritz Hellwig. Er hat die Adenauer-Ära gestaltend miterlebt. Von 1953 bis 1959 gehörte er dem Deutschen Bundestag an, war drei Jahre lang Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses – ein früher Vorgänger von Friedhelm Ost – und wurde 1959 Mitglied der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Luxemburg. Anschließend war er von 1967 bis 1970 Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel.

Mit Joachim Westhoff, dem Chefredakteur des General-Anzeigers und langjährigen Wegbegleiter der von Bonn aus gestalteten Politik, begrüße ich – last but not least – den Moderator und Leiter des Gespräches, das, dessen bin ich sicher, interessante Rückblicke und Perspektiven bieten und zu einer lebendigen Aussprache einladen wird.

Das Schlusswort spricht entgegen der Einladung nicht Herr Staatssekretär a.D. Erhard Jauck. Der Vorsitzende des Vorstandes der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus erholt sich von einem Krankenhausaufenthalt und kann heute leider nicht hier sein. Ich freue mich, dass statt seiner Notar Dr. Konrad Adenauer, Enkel des Bundeskanzlers und Vorstandsmitglied der Stiftung, zu uns sprechen wird. Mit Herrn Dr. Adenauer begrüße ich auch die Vertreter unserer weiteren Kooperationspartner:

für das Haus der Geschichte: Herrn Direktor Prof. Dr. Hermann Schäfer  
für das Gästehaus Petersberg die Geschäftsführer der Gästehaus Petersberg GmbH Herrn Dr. Egon Heider und Herrn Richard W. Freyemann.

Ihnen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt mein herzlicher Dank.

Schließlich begrüße ich sehr herzlich meinen Vorgänger, Ehrenlandrat Dr. Franz Möller, der vor zwei Jahr die *Petersberger Perspektiven* ins Leben gerufen hat.

Meine Damen und Herren,

Bundespräsident Johannes Rau hat zu Beginn seiner Rede beim Festakt „50 Jahre Montan-Mitbestimmung“ am 21. Mai diesen Jahres auf den internationalen Kontext verwiesen, innerhalb dessen die Einführung der Montan-Mitbestimmung erfolgte:

- *Großbritannien und Frankreich erklärten den Kriegszustand mit Deutschland für beendet.*
- *Deutschland durfte nach einer Revision des Besatzungsstatuts wieder auswärtige Beziehungen pflegen;*
- *Die Zahlungskrise der jungen Bundesrepublik hatte ihren Höhepunkt; als Folge wurden die Importe kontingentiert.*
- *1951 wurde nicht nur die Montan-Mitbestimmung eingeführt, sondern auch der Montanunion-Vertrag geschlossen, mit dem Frankreich auf eine Regelung der Saarfrage vor einem Friedensvertrag verzichtete.*

Die Entscheidung der Bundesrepublik für ihren Weg der Mitbestimmung, das zeigt sich hier, war schon damals keine isolierte Entscheidung mit ausschließlich nationaler Bedeutung. Sie ist es heute erst recht nicht. Wir sind noch viel enger international verflochten. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Weichenstellungen eines Landes wirken sich auch auf die Nachbarn und Partner aus. Die Frage, wie Europa mit diesem Thema umgeht, was die anderen machen, welche Grundprinzipien einer europäischen Wirtschaftsordnung zugrunde liegen, ist und bleibt aktuell. Mit der Richtlinie des Europäischen Rates über einen Europäischen Betriebsrat von 1994 und dem kürzlich vorgelegten Entwurf einer Verordnung für ein europäisches Statut ist ein erster Anfang auf europäischer Ebene gemacht.

Lassen Sie mich noch einen Gedanken einfügen: Wir erleben in diesen Tagen auf äußerst schmerzhaft Weise, wie kompliziert unsere Welt ist, wie sehr wir miteinander im Guten wie im Schlechten verbunden sind. Die schrecklichen Ereignisse in Amerika, der brutale Terror-Angriff, die Folgen, die sich hieraus ergeben, nehmen uns in Beschlag. Aber sie dürfen uns nicht lähmen. Im Gegenteil: Sie machen uns den hohen Wert der freiheitlichen Ordnung, zu der ein Interessenausgleich der Einzelnen und der Gruppen gehört, besonders bewusst und fordern uns auf, hieran zu arbeiten und hierfür einzustehen.

Gerade der Petersberg ist ein Ort mit hoher Eignung und Symbolkraft, um hierüber nachzudenken. Er war Sitz der Alliierten Hohen Kommission und ist heute Gästehaus des Bundes. Der Petersberg symbolisiert den Weg der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien, er steht für internationale Verantwortung und Zusammenarbeit, er ist auch ein Zeugnis und Denkmal der Verbundenheit mit Amerika. Für die Menschen in unserer Region ist der Petersberg darüber hinaus ein Zeichen für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Raumes Bonn: für die frühere Rolle Bonns als Bundeshauptstadt und für die neue Rolle als Bundesstadt mit veränderten Aufgaben, Strukturen und Perspektiven. Auch dies möchten wir mit den *Petersberger Perspektiven* unterstützen.

Ich danke noch einmal allen Beteiligten, vor allem dem Referenten und den Podiumsgästen, und wünsche uns einen anregenden, fruchtbringenden Nachmittag mit guten, unverstellten Petersberger Perspektiven.

Mir bleibt noch der Hinweis, dass Herr Minister Schartau wegen eines Anschluss-Termins voraussichtlich nicht ganz bis zum Ende bleiben kann, hierfür bitte ich Sie um Verständnis. Nach dem Podiumsgespräch lade ich Sie zu einem Stehempfang in der Rotunde ein.